

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5558

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5558



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 22. Februar 2026

Inhalt

«Die entscheidende Frage ist nicht, wie modern die Schule ist, sondern wie bildungswirksam».....	2
20. Februar 2026, Marianne Wüthrich.....	2
Wenn «modern» zur Leerformel wird.....	4
Journal 21, 7. Februar 2026, Carl Bossard.....	4
«Astrein, monstermässig!».....	6
NZZ am Sonntag, 15. Februar 2026, Schweiz, Gina Bachmann.....	6
Mehr Schaden als Hilfe.....	9
NZZ am Sonntag, 15. Februar 2026, Wissen, Gioia da Silva.....	9
«Weg von den Noten»: Was Lehrpersonen ändern würden.....	11
Tages-Anzeiger, 31. Januar 2026, Zürich, Menoa Stauffer.....	11
Die meisten Eltern ziehen Zensuren vor.....	13
Tages-Anzeiger, 5. Februar 2026, Forum, Leserbrief.....	13
Migrantenquote, Kleinklassen, eine Fremdsprache: So bewerten Experten die SVP-Schulpläne. .	14
Tages-Anzeiger online, 14. Februar 2026, Sabrina Bundi.....	14
Veranstaltungshinweis.....	17
Die Bildungs-Grätsche.....	17
GBW-Tagung 17.&18.04.2026, Universität Bonn.....	17



«Die entscheidende Frage ist nicht, wie modern die Schule ist, sondern wie bildungswirksam»

20. Februar 2026, Marianne Wüthrich

Unter dieser pädagogisch essentiellen Prämisse von Carl Bossard lassen sich sämtliche Texte unserer Sammlung erfassen.

Motivierter dank Lern-Apps?

KI und Lern-Apps wie Anton sind zweifellos modern – aber sind sie auch lernwirksam?

Können KI-Systeme die Ressourcenknappheit, sprich die fehlenden Lehrkräfte in allzu heterogenen Klassen lösen? Nein, hält der Autor fest, Technik allein löst keine pädagogischen Probleme. Der pädagogische Kernauftrag besteht darin, Kinder fachlich, sozial und personal zu bilden, das kann kein digitales Programm leisten, sondern nur die fachlich gebildete und menschlich fähige Lehrerpersönlichkeit. Lern-Apps wie Anton sind vielleicht geeignet, Kinder zu motivieren, einen Einsatz zu leisten, um Spielgewinne zu erzielen. Aber nachhaltiges Lernen geht anders. Am besten bleiben Lerninhalte haften, wenn sie in der Beziehung zu einem Lehrer erworben und mit bereits Gelerntem und Erlebtem verknüpft werden können. Auch Üben und Festigen sind heisse Tipps – das ist vielleicht nicht so «modern», aber wirksam.

Vor lauter Motivieren durch Lern-Games und KI-Programme dürfen wir nicht vergessen: Lernen darf natürlich auch Spass machen, aber es kann manchmal ganz schön anstrengend sein. Ja, es muss anstrengend sein. «Wer sein Gehirn nicht fordert», schreibt Gioia da Silva («Mehr Schaden als Hilfe»), «der wird sich in der Tendenz auch seltener an die erlernten Inhalte erinnern. Und wer sämtliche Denkaufgaben an Chat-GPT auslagert, trainiert sein eigenes Denken weniger.» Damit wird einmal mehr bestätigt: Digitale Geräte und Software sollten nur als Hilfsmittel eingesetzt werden, dort wo es sinnvoll ist, und vor allem nicht zu früh. Dafür wieder mehr lesen mit den Schülern und den Schulstoff im Klassenunterricht besprechen – es hat sich erfreulicherweise bei vielen Lehrkräften herumgesprochen, dass das «mehr bringt», das heisst, dass es oft bildungswirksamer ist als das Abarbeiten von Software-Programmen. Und nicht vergessen: Was Kinder und Jugendliche an erster Stelle zum Lernen motiviert, sind nicht bunte Emojis und digitale Lobsprüche, sondern die Beziehung zum Lehrer, seine Ermutigung und seine klaren Rückmeldungen.

Weg von den Noten?

Eine solche klare Rückmeldung sind zum Beispiel Noten. Natürlich genügt dies allein nicht, und natürlich können sie subjektiv gefärbt sein. Aber das gilt auch für andere Formen der Rückmeldungen (zum Beispiel schriftliches oder mündliches Feedback). Ein Lehrer, der seine Schüler im Auge hat, kennt neben Noten viele andere Möglichkeiten, ihnen ein Echo zu geben. Manchmal genügt ein Zunicken oder ein ermutigendes oder wertschätzendes Wort. Sinnvoll sind auch konkrete Anleitungen. Ich erinnere mich an das Aufsatzheft meines fremdsprachigen und entmutigten Nachbarskinds (sechste Klasse), mit dem ich früher in Zürich gelernt habe. Sie hatte munter drauflosgeschrieben, ohne Ziel und Aufbau, mit vielen, vielen Fehlern in Satzbau,



Wortwahl, Grammatik und Rechtschreibung (sogenanntes freies Erzählen). Kommentar der Lehrerin unten auf der Seite: Gut! Ich bemerkte: Du, aber die Fehler hat sie nicht korrigiert. Natascha: Hat es denn Fehler? In sechs Schuljahren hatte sie nur sehr mangelhaft Deutsch gelernt und konnte zudem den eigenen Lernstand in keiner Weise einschätzen. Als sie dann in die Sek B eingeteilt wurde, waren sie und ihre Eltern schockiert. Die Lehrerin hatte es unterlassen, der Schülerin adäquate Rückmeldungen zu geben und sie anzuleiten, um ihr echte Lernfortschritte zu ermöglichen. Da hilft es nichts, ein sogenannt ermutigendes «Gut» unter den Text zu schreiben und auf Noten zu verzichten. Aufgabe der Schule ist es, mit der Klasse die Grundlagen zu erarbeiten und den einzelnen Kindern die Gelegenheit zu geben, ihre Defizite zu korrigieren.

Das im Artikel «Weg von den Noten» erwähnte «Ampelsystem», das Fortschritte statt der absoluten Leistung misst, hat ein Stück weit vielleicht seine Berechtigung. Aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht einer vermeintlichen Chancengerechtigkeit aufsitzen: Wenn jedes Kind sein individuelles Lernprogramm hat und wir nur seine eigenen Lernfortschritte bewerten, ohne den Vergleich innerhalb der Klasse einzubeziehen, hat in Wirklichkeit nicht jedes die gleichen Chancen, sondern viele werden auf ihrem schwachen Stand stehengelassen. «Irgendeinmal kommt die Stunde der Wahrheit so oder so», schreibt Vera Diaz in ihrem Leserbrief. Und weiter: «Entscheidend ist vielmehr, dass man den Kindern verständnisvoll hilft und zeigt, wie auch Misserfolge verkraftet werden können. Damit erweist man ihnen den besten Dienst für eine erfolgreiche Zukunft.»

Vorschläge der SVP sind so neu nicht

Der Tages-Anzeiger zu den neuesten Vorschlägen der SVP: «Wäre die Schule nach den Vorstellungen der SVP gestaltet, wäre sie wieder wie früher. Die Kinder würden sich aufs Lesen, Schreiben und Rechnen konzentrieren. Sie würden Gedichte auswendig lernen, Diktate schreiben, das kleine und grosse Einmaleins beherrschen. Und: Die Kinder würden bei Schuleintritt alle in einer Landessprache reden können, sie hätten nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule, sie hätten weniger Gspänli mit besonderem Förderbedarf in der Klasse und auch weniger Mitschülerinnen und Mitschüler mit Migrationshintergrund.»

Ich muss zugeben, dass ich wenig Einwände gegen ein solches Konzept habe. Wer kann ernsthaft etwas dagegen haben, dass die Kinder in der Volksschule wieder die schulischen Grundlagen lernen und dass sie möglichst gut Deutsch verstehen, wenn sie in die Schule kommen? Nur beim letzten Punkt, einer Obergrenze für Kinder mit Migrationshintergrund, gebe ich dem LCH-Vertreter recht. Es wäre nicht nur zu teuer, die fremdsprachigen Kinder mit Schulbussen aus der Stadt aufs Land zu fahren und sie dort zu beschulen, sondern würde auch ihrem Bedürfnis widersprechen, in ihrem Lebensumfeld und mit ihren Gspänli in die Schule zu gehen. Ausserdem ist der Migrationshintergrund kein taugliches Kriterium. Es gibt fremdsprachige Kinder, die ausgesprochen lernfähig und – willig sind und den Anschluss an ihre gleichaltrigen Mitschüler ohne grosse Mühe finden.

Die restlichen Forderungen sind es jedoch wert, in Betracht gezogen zu werden, auch wenn sie allesamt keine Erfindung der SVP sind. Das beinhaltet eine grundsätzliche Revision der Lehrpläne. Damit wäre die Schule «wieder wie früher», kritisiert die Tagi-Redaktorin. Um Carl Bossards Aussage aufzugreifen, sie wäre nicht «modern», dafür bildungswirksam. Die Projekte Förderklassen und Verschiebung einer Fremdsprache auf die Oberstufe liegen ja längst auf den Tischen der kantonalen Bildungsdirektionen oder sind mancherorts bereits umgesetzt.



Deutsch-Vorbereitungsklassen für fremdsprachige Kinder

Wo die SVP auch bei ihren Kritikern auf offene Ohren stösst, ist die Notwendigkeit einer sogenannten sprachlichen Frühförderung. Allerdings stellen sich darunter nicht alle dasselbe vor.

Vorbereitungsklassen für Kinder, die zu wenig Deutsch verstehen, um dem Unterricht in der 1. Klasse der Regelklasse folgen zu können, halte ich für etwas sehr Sinnvolles. Das ist jedoch etwas ganz anderes als das im Tagi-Artikel erwähnte Basler Konzept für Dreijährige, die ein paarmal pro Woche an einer deutschsprachigen Spielgruppe teilnehmen. Im Kanton Zürich ist laut Schulgesetz schon heute der Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) auch in einer vollzeitlichen Aufnahmeklasse möglich. Das wäre für viele Kinder sicher sinnvoller als das übliche Hin und Her zwischen DaZ und Regelklasse, vor allem am Beginn ihrer Schulzeit (1. Klasse). In einer DaZ-Vollzeitklasse könnten die Kinder, ähnlich wie in einer Förderklasse, ein oder zwei Semester lang einige Grundlagen in der deutschen Sprache erwerben und anschliessend in der Regelklasse besser den Anschluss finden. Auch hier gilt die Devise: «Die entscheidende Frage ist nicht, wie modern die Schule ist, sondern wie bildungswirksam».

Nun wünsche ich Ihnen viel Freude mit unserer abwechslungsreichen Textsammlung.

Marianne Wüthrich

Wenn «modern» zur Leerformel wird

Journal 21, 7. Februar 2026, Carl Bossard

Im Vorfeld von kantonalen Parlamentswahlen lohnt sich ein Blick auf bildungspolitische Verheissungen. Rasch zeigt sich ein vertrautes Vokabular: Modern müsse Bildung sein, innovativ der Unterricht. Modernität fungiert als Gütesiegel – nicht als pädagogische Kategorie. Ein Zwischenruf.

Bildungspolitische Statements geben sich gerne modern – als Ausweis von Fortschritt, ohne dass klar wird, was damit konkret gemeint ist. Sicher ist nur: Trotz Reformen, Digitalisierung und immer neuer Formate ist der Unterricht in entscheidenden Punkten nicht bildungswirksamer geworden. Im Gegenteil. Vielleicht ist es an der Zeit, weniger über Modernität zu reden – und mehr über Bildung.

Reformen ohne Ertrag

Ein nüchterner Blick auf die vergangenen Jahrzehnte genügt: Keine Schulleistungsstudie zeigt, dass die Reformkaskade den Unterricht qualitativ verbessert hätte. Dabei wurde dauernd von pädagogischem Gewinn geredet. Stattdessen sinken die Lernleistungen, während psychosomatische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen zunehmen.

Schule ist dichter, komplexer und überfrachteter geworden. Vieles, was als Innovation verkauft wurde, entpuppte sich als organisatorisch-bürokratischer oder technischer Mehraufwand, kaum aber als didaktisch gezieltes Vorankommen. Der Fortschritt, um mit Johann Nestroy zu sprechen, schaut oft grösser aus, als er ist.



Der digitale Irrtum

Besonders augenfällig ist der Zusammenhang zwischen wachsender Bildschirmzeit und abnehmender Bildungsleistung. Internationale Studien weisen auf Konzentrationsprobleme, Motivationsverlust und kognitive Verflachung hin. Dennoch hielt die Bildungspolitik lange unbeirrt an der Digitalisierungsverheissung fest. Tablets wurden verteilt, Lernsoftware angeschafft – programmiert von jenen Tech-Konzernen, die heute als problematisch erkannt werden.

Dabei waren die Warnungen bekannt. Hirnforscher und Jugendpsychologen wiesen früh auf Suchtpotenziale und gesundheitliche Risiken hin. Dreijährige mit Smartphones galten plötzlich als «Digital Natives». Medienkompetenz wurde beschworen, als liesse sich Reife pädagogisch abkürzen.

Ernüchterung statt Euphorie

Inzwischen ist der Gesinnungswandel unübersehbar. Länder wie Schweden und Dänemark verabschieden sich von der Digitalisierungseuphorie¹. Handys werden aus Schulen verbannt, gedruckte Lehrmittel erleben eine Renaissance, ebenso analoge Lernformen. Nicht aus Nostalgie, sondern aus Erfahrung: Technik allein macht keinen Unterricht besser. Es ist das Pädagogische.

Parallel dazu werden Social-Media-Verbote für Jugendliche diskutiert. Sie signalisieren das Eingeständnis, dass zentrale Versprechen der digitalen Bildungspolitik nicht eingelöst wurden. Medienkompetenz und digitale Grundbildung erweisen sich im Rückblick als wohlklingende, aber überschätzte Konzepte.

Was auffällt, ist das Ausbleiben von Selbstkritik. Kaum jemand aus den Bildungsstäben räumt offen einen Irrtum ein. Dabei wäre in solches Eingeständnis ein starkes bildungspolitisches Signal. Doch Selbstkritik zählt nicht zu den bevorzugten Tugenden jener, die kritisches Denken gerne für andere auf den Lehrplan setzen.

Die nächste Verheissung heisst KI

Während wir den Kampf gegen TikTok, Instagram und YouTube aufnehmen, wird die nächste Hoffnung bereits ins Klassenzimmer getragen: Künstliche Intelligenz. Wieder wird suggeriert, Technik könne pädagogische Probleme lösen. Wieder droht dieselbe Illusion wie vor zwanzig Jahren, als man soziale Medien noch für einen Beitrag zur Demokratisierung verabsolutierte.

Es mehren sich die Anzeichen, dass KI – ihrer Logik folgend – zu einer weiteren Abnahme eigenständigen Denkens führen könnte. Man darf gespannt sein, wie lange es dauert, bis auch hier Ernüchterung einsetzt. Vielleicht wird man dann feststellen, dass es für den Menschen besser ist, selber zu denken, als denken zu lassen.

Was Schule bildungswirksam macht

Die entscheidende Frage lautet daher nicht, wie modern die Schule ist, sondern wie bildungswirksam. Bildungswirksam ist eine Schule dann, wenn sie sich konsequent auf ihren pädagogischen Kernauftrag konzentriert: Kinder und Jugendliche fachlich, sozial und personal bilden.

1 Oliver Weber: Wer rettet uns vor dem nächsten Click? In: FAZ, 05.02.2026, S. 11



Bildungswirksamkeit entsteht nicht primär durch Reformen, Strukturen oder technische Installationen. Sie entsteht durch gemeinsames pädagogisches Denken und Handeln der Lehrpersonen. Die Unterrichtsforschung spricht von «collective teacher efficacy»² – einer der stärksten bekannten Einflussfaktoren auf Lernerfolg.

Lehren ist personales Wirken. Lernen gelingt dort, wo Beziehung und Ermutigung, klare Rückmeldungen und Fehlertoleranz den Unterricht prägen. Schulleitungen, die den Fokus auf das Wesentliche halten, und Eltern, die Verantwortung mittragen, schaffen die nötigen Voraussetzungen.

Weniger modern, mehr Bildung,

«Modern» ist kein pädagogisches Kriterium, sondern allzu oft eine politische Beruhigungsformel. Sie suggeriert Fortschritt, wo die Bilanz nüchtern ausfällt. Bildungswirksamkeit hingegen lässt sich nicht verordnen oder inszenieren. Sie entsteht durch professionelle Arbeit, durch klare Prioritäten und durch den Mut, sich von lieb gewonnenen Illusionen zu verabschieden³.

Bildungspolitik täte gut daran, ihre Rolle neu zu verstehen: nicht als Reformmaschine, die im Vierjahrestakt neue Programme produziert, sondern als Hüterin des pädagogischen Kerns. Verantwortung zu übernehmen heisst auch, Grenzen zu ziehen – der Digitalisierung ebenso wie der fortwährenden Überfrachtung der Schule. Nicht alles, was technisch möglich ist, ist pädagogisch sinnvoll. Und nicht jede gesellschaftliche Schieflage lässt sich durch schulische Massnahmen beheben.

Vielleicht beginnt bildungspolitische Modernität genau hier: im Verzicht auf immer neue Heilsversprechen – und im klaren Bekenntnis zu einer Schule, die nicht alles können muss, aber das Wesentliche gut macht.

«Astrein, monstermässig!»

NZZ am Sonntag, 15. Februar 2026, Schweiz, Gina Bachmann

Schweizer Schulen werden zum Spielsalon. Apps, die wie Games funktionieren, finden zunehmend Verwendung. Bei jeder Lernaufgabe winken Lob und Gewinne. Expertinnen warnen, auch vor der Suchtgefahr.

Grandios! Das war galaktisch gut!» Ein Männlein mit Sonnenbrille tänzelt hin und her, und – «Bling!» – eine Münze landet auf dem Konto. Wer auf der Lern-App Anton eine Aufgabe in Mathe oder Deutsch richtig löst, wird belohnt. Mit den gesammelten Münzen können sich Kinder einen Avatar gestalten oder Games freischalten, bei denen man über Hindernisse hüpfet oder Autorennen

2 Kollektive Lehrerwirksamkeit, vgl. dazu: John Hattie (2023): Visible Learning: The Sequel. A Synthesis of Over 2'100 Meta-Analyses Relating to Achievement. London, New York: Routledge, S.227ff.

3 Zu Bildungsillusionen vgl. Konrad Paul Liessmann, u. a. seine Publikation: «Bildung als Provokation»; dazu Franz E. Weinert: Die fünf Irrtümer der Schulreformer. In: Psychologie heute, 07/1999, S. 28ff. – ein Beitrag, der seine Aussagekraft nicht verloren hat, im Gegenteil.



fährt. Wenn die Münzen aufgebraucht sind, ploppt eine Nachricht auf: «Mache ein paar Übungen, dann kannst du weiterspielen.»

Die App Anton ist beliebt an Deutschschweizer Schulen. Zahlen zur Nutzung geben die Entwickler nicht heraus, aber Gespräche mit Eltern und Lehrpersonen aus mehreren Kantonen zeigen, dass die App in vielen Klassenzimmern regelmässig eingesetzt wird. Sie sei ein «fester und wichtiger Bestandteil des heutigen Unterrichts», schreibt eine Zürcher Gemeinde.

Manche Eltern ärgern sich darüber: Schulkinder auf Games anfixen – muss das sein? Eine Mutter aus der Berner Agglomeration erzählt, ihre Kinder hätten Anton in der Primarschule kennengelernt und seien aufgeregt nach Hause gekommen, weil sie mehr Münzen sammeln wollten, um zu gamen. Die Mutter, die Gaming eher kritisch sieht, sagt, sie habe sich von der Schule «übersteuert» gefühlt.

Gut für Schüler, die einen «Knopf» haben?

Anton ist nicht die einzige App, die auf spielerische Elemente und Belohnungen setzt. Auch bei Antolin, einer App fürs Lesetraining, gibt es Orden zu gewinnen. Und mit der App Fingerzahlen können selbst Erstklässler schon Pokale sammeln. Das Zauberwort dahinter heisst: Gamification. Mit Ranglisten, Avataren oder virtuellen Gütern wie Münzen und Sternchen wird versucht, die menschliche Spielfreude zu wecken und die Verweildauer auf den Apps zu erhöhen. Apps für Social Media, Shopping oder Fitness funktionieren schon lange so. Nun hat die Gamification auch die Schulen erreicht – mit negativen Folgen für die Kinder, wie Expertinnen warnen.

Auch Barbara Studer kennt Anton von ihren Kindern, die im Unterricht und als Hausaufgabe damit arbeiten. Studer ist Neurowissenschaftlerin und Dozentin für psychische Gesundheit. Bei ihrem Sohn hat sie beobachtet, wie er dank Anton anfangs motivierter war fürs Lernen. Doch bald sei er nur noch durch die Aufgaben gehastet, um mehr Münzen einzusacken. «Das Lernen geriet aus dem Fokus, es ging nur noch um die Games.» Der Grund: Bei Belohnungen schüttet der Körper Dopamin aus, ein Glückshormon. Doch gewöhnt man sich an die externen Kicks, fällt es einem schwer, die gleiche Aufgabe ohne Belohnung zu machen. Studer sagt: «Eigentlich sollten Kinder erfahren, dass Lernen an sich beglückend ist.»

Unter Lehrpersonen lösen die Apps gemischte Gefühle aus. Eine Primarlehrerin aus Bern sagt, sie habe aufgehört, die App Fingerzahlen zu nutzen, seit es dort Pokale zu gewinnen gegeben habe. «Das hat viel Unruhe in die Klasse gebracht, und die Kinder fingen an, ihre Pokalsammlungen zu vergleichen.» Eine Lehrerin aus Bülach im Kanton Zürich hingegen sagt, Anton stelle viele Übungen bereit und sei gut für Kinder, die bei einem Thema noch einen Knopf hätten. Auch Dagmar Rösler, Präsidentin des Dachverbands der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer, verteidigt Anton. Sie sagt, in der Regel werde die App an den Schulen nur für kurze Sequenzen eingesetzt. Gerade für schwächere Kinder könne Anton eine willkommene Auflockerung darstellen und zusätzliche Motivation verschaffen. «Die App vermittelt einem, dass es sich lohnt, dranzubleiben.»

Anton ist das Produkt eines deutschen Startups aus Berlin. Die App kam 2017 auf den Markt, auch dank Fördergeldern der EU. Sie ist auch deshalb so beliebt, weil die Standardversion gratis ist. Während der Corona-Pandemie wurde sie von vielen Behörden und Eltern-Blogs für den Fernunterricht empfohlen.



Die Kinder- und Jugendpsychiaterin Dita von Aster findet das wenig sinnvoll. «Apps wie Anton haben Suchtcharakter», sagt sie. In ihrer Praxis in Bern hat von Aster mit Kindern zu tun, die auf Anton Übungen lösen, die unter ihrem Schulniveau sind, nur um so rasch wie möglich viele Münzen zu sammeln und gamen zu können. Und die sich kaum mehr auf normale Hausaufgaben mit Stift und Papier konzentrieren können.

Besonders problematisch findet von Aster das übermässige Lob, das Kinder für gelöste Aufgaben bekommen. «Astrein, das war monstermässig!», heisst es auf Anton nach einer Übung von ein paar wenigen Minuten. «Loben ist zwar wichtig», sagt von Aster. «Aber das Lob muss adäquat zur Leistung sein, sonst verliert es seine Wirkung.»

Kommt hinzu: Bis vor kurzem schien die App relativ leicht manipulierbar. Mit einem Hack im Quellcode liess sich die Zahl der Münzen offenbar beliebig erhöhen. Auf Youtube gibt es noch immer Dutzende Videos, in denen Schülerinnen und Schüler Tipps austauschen, wie künstlich Münzen geschaffen werden können, um ewig weiter zu gamen. Inzwischen haben die Entwickler diese Lücke allerdings geschlossen.

Auf Anfrage weisen die Entwickler die Kritik an ihrer App zurück. Mit Verweis auf wissenschaftliche Studien heisst es, die Gefahr von übermässigem Lob bestehe vor allem dann, wenn die Belohnung nicht leistungsbezogen sei oder in Form von Geld daherkomme. Bei Anton sei dies aber nicht der Fall: «Die Münzen haben keinen materiellen Wert und werden nur durch erreichte Leistungen verdient.» Zudem verweist das Unternehmen darauf, dass Eltern und Lehrpersonen das Belohnungssystem deaktivieren können.

Das Unternehmen betont zudem, «wie wichtig Motivation und insbesondere die Ermutigung in schwierigeren Phasen für die Lernenden» seien. «Die Belohnungen tragen dazu bei, sind aber nur einer von vielen Bausteinen.»

«Versuchskaninchen in einem digitalen Experiment»

Die Kontroverse um Anton steht für ein grösseres Unbehagen, das Eltern, Lehrpersonen und Fachleute umtreibt. Dabei geht es um die Frage, wie weit sich die Schulen überhaupt auf die Digitalisierung einlassen sollen. Während der Corona-Pandemie haben viele Schulen aufgerüstet, die Nutzung von digitalen Lehrmitteln und Tablets im Unterricht ist heute Alltag.

Doch inzwischen scheint sich der weltweite Trend wieder umgekehrt zu haben. Dänemark etwa hat die Digitalisierung im Klassenzimmer lange vorangetrieben, doch 2023 kam die Kehrtwende: Der dänische Bildungsminister entschuldigte sich in einem Interview bei der dänischen Jugend dafür, dass man sie zu «Versuchskaninchen in einem digitalen Experiment» gemacht habe.

Dieses Hin und Her fordert die Schulen heraus. «Die Schule muss sich immer wieder den Vorwurf gefallen lassen, dass sie die Kinder ungenügend auf die digitale Zukunft vorbereite», sagt Dagmar Rösler. «Aber wenn wir versuchen, digitale Kompetenzen zu stärken, ist es auch wieder nicht recht.»

Der Kinderpsychiaterin von Aster wäre es am liebsten, wenn sich die Schulen bei der Digitalisierung mehr zurückhalten und auf Apps wie Anton verzichten würden. «Viele Kinder sind heute komplett reizüberflutet», sagt sie. Die Folge sei eine Zunahme von Abklärungen für Ver-



haltensauffälligkeiten. «Wenn Kinder beispielsweise zerstreut und unkonzentriert sind, wird ADHS vermutet. Dabei haben sie oft einfach zu viel Bildschirmzeit.»

Mehr Schaden als Hilfe

NZZ am Sonntag, 15. Februar 2026, Wissen, Gioia da Silva

Alle Schüler nutzen KI. Doch wie kompetent setzen Jugendliche die Technologie ein? Viele nicht besonders gut. Experten warnen vor einer «neuen digitalen Kluft».

Die Jugendlichen versinken noch ein paar Millimeter tiefer in den Sofas. Sie versuchen um jeden Preis, den Augenkontakt mit Hanna Cord-to-Krax zu vermeiden. Die Workshop-Leiterin hebt die Schultern und wiederholt: «Hat jemand eine Idee?» In der Klasse herrscht Stille. Die Teenager, alle zwischen 14 und 15 Jahre, machen es Cord-to-Krax schwer. Unterricht ist harzig, wenn kein Schüler, keine Schülerin etwas zu sagen hat.

Cord-to-Krax ist Medienpädagogin an der GGG-Stadtbibliothek Basel. Vor ihr sitzt eine dritte Klasse der Basler Sekundarschule St. Alban: fünf Jungs, elf Mädels. Im Workshop sollen sie lernen, angemessen mit künstlicher Intelligenz umzugehen. Das ist eine wichtige Kompetenz für heutige Schülerinnen und Schüler. Denn die Forschung zeigt: Wer weiss, wie, kann mit KI schneller lernen als im herkömmlichen Unterricht.

KI-Systeme haben das Potenzial, eines der grössten Probleme der Bildung anzugehen: die Ressourcenknappheit. Lehrpersonen müssen eine Klasse von oftmals über 20 Schülern anleiten. Sie haben keine Chance, Kinder im individuellen Lerntempo durch den Schulstoff zu begleiten. Maschinen könnten das, theoretisch. KI-betriebene Lerntutoren beantworten mit einer Engelsgeduld die gleiche Frage so oft, wie es eben nötig ist. Sie helfen beim Üben, stellen immer neue Aufgaben, korrigieren Fehler innerhalb von Sekunden. Doch der Besuch der Klasse am KI-Workshop zeigt, wie weit weg die Realität von diesem Traum noch ist.

Wer glaubt, dass «die Jungen» neue Technologien intuitiv richtig nutzen, wird an diesem Montagmorgen eines Besseren belehrt. Manche Schüler dieses Workshops wurden von der neuen Technologie bereits abgehängt.

Strafe oder Höchstleistung – beides ist möglich

Cord-to-Krax steht weiterhin vor der erstarrten Klasse: «Seid ihr noch müde? Oder seid ihr immer so schüchtern?», fragt sie in die Runde. Schweigen. Dabei hat die Pädagogin ihren Job bisher vorbildlich gemacht: Die Jugendlichen erhalten ein kurzes Inputreferat im Plenum. Danach sollen sie Fragestellungen selbständig erarbeiten: sich in Kleingruppen austauschen, reflektieren, Erkenntnisse besprechen. Währenddessen zeigt sich im Gespräch mit Aileen Maratta, der Englischlehrerin der Basler Teenager, wie nötig dieses Innehalten ist.

Sie erzählt, ein Schüler der Klasse habe bei einem Vortrag über ein Buch die Inhalte direkt von Chat-GPT übernommen. Da die KI Informationen erfunden hatte, hielt er einen Vortrag mit vielen



falschen Inhalten – ohne dies zu merken. Der Schüler bestätigt sein Versagen. Er habe «null Ahnung» gehabt von dem Buch, gibt er bereitwillig zu. Auf die Frage, ob er dafür eine sehr schlechte Note erhalten habe, nickt er langsam und mit hochgezogenen Augenbrauen.

Das Beispiel kontrastiert mit einem Zürcher Gymnasiasten, der in der NZZ vor rund zwei Jahren berichtete, er habe keines der Bücher für seine mündliche Maturaprüfung in Deutsch gelesen. Stattdessen habe er sich den Stoff von Chat-GPT erläutern lassen. Er hat die Prüfung mit Bestnote abgeschlossen. Das verdeutlicht: Das gleiche Tool, Chat-GPT, kann Schülern entweder zu Höchstleistungen verhelfen oder sie schulisch abstrafen.

Marc Eyer leitet an der Pädagogischen Hochschule Bern das Institut, das Lehrpersonen für den Unterricht an Gymnasien, Fachmittelschulen und Berufsmaturitätsschulen ausbildet. Sein Team erforscht, wie KI an den Schulen so eingesetzt werden kann, dass sie mehr hilft, als sie schadet. Über die gegenwärtige Wirkung von KI in der Bildung sagt er: «KI führt zu einer neuen digitalen Kluft.»

Damit spielt er auf ein Konzept an, das es schon bei früheren technischen Neuerungen immer wieder gab: Neue Technologien teilen die Gesellschaft in zwei Gruppen: Jene, die Zugang dazu haben und die Kompetenz erlernen, damit zielführend umzugehen. Und dann jene, denen entweder der Zugang fehlt oder die Kompetenz, mit dem Tool richtig umzugehen. Der «digital divide», wie das Konzept auf Englisch genannt wird, verstärkt oft bestehende soziale oder wirtschaftliche Ungleichheiten. Schüler, die sich schon eine grosse Medienkompetenz erarbeitet haben, lernen dank neuen Technologien noch schneller oder mehr. Andere drohen weiter abgehängt zu werden.

«Im Moment geht in der Bildung eine Schere auf», sagt Eyer. Insbesondere an Volksschulen müssten die Lehrer den Unterricht dringend umstellen. «Es gibt immer noch Lehrpersonen, die behaupten, bei ihnen in der Klasse sei KI kein Thema. Sie verkennen die Realität der Schülerinnen und Schüler.» Er fordert, dass sich Lehrpersonen weiterbilden und strategisch über den Einsatz von Tools wie Chat-GPT nachdenken. Für manche Aufträge würde er KI aus dem Unterricht verbannen. «Wir müssen sicherstellen, dass im Unterricht eine gewisse Denktiefe erreicht wird», sagt Eyer. «Da sind digitale Geräte, die einem das Denken abnehmen, manchmal hinderlich.»

Tatsächlich zeigen Studien: Lernen muss anstrengend sein. Wer sein Gehirn nicht fordert, der wird sich in der Tendenz auch seltener an die erlernten Inhalte erinnern. Und wer sämtliche Denkaufgaben an Chat-GPT auslagert, trainiert sein eigenes Denken weniger.

Nun forscht Eyers Team an KI-Tutoren, die Fragen von Schülern nicht einfach beantworten, sondern sie dahingehend coachen, dass sie sich die richtige Lösung selbst erarbeiten. Die Tutoren sollen den Vorteil von KI nutzen, dass jeder Schüler in seinem eigenen Tempo lernen kann. Aber gleichzeitig sollen sie auch anregen, dass die anstrengende Denkarbeit erledigt wird, die es zum Lernen braucht. Ein solches Tool fehlt heute in den meisten Klassen. Die Schülerinnen und Schüler nutzen derweil gratis verfügbare KI-Modelle wie Chat-GPT.

«Keinen Bock», lange Texte zu lesen

So auch die Jugendlichen am KI-Workshop in Basel. Eine 14-Jährige macht eine kurze Pause während einer Gruppenarbeit. Sie sagt, sie schätze an Chat-GPT, dass es einfache Worte benütze für Erklärungen. Ihre Kollegin, ebenfalls 14, stimmt zu: Chat-GPT erkläre besser als manche Lehrper-



son. Ein 15-jähriger Klassenkollege gibt an, bessere Noten zu erhalten, seit er sich mit Chat-GPT auf Prüfungen vorbereite.

Ein Schüler, der seine Winterjacke in den geheizten Räumen anbehalten hat, sagt, er habe «einfach keinen Bock», in Fächern wie Geschichte alle Lernziele durchzugehen. Er nutze Chat-GPT, um weniger lesen zu müssen.

Wenn neue Technologien auftauchen, braucht es eine Weile, bis sich die Gesellschaft darauf eingestellt hat. Bei KI entsteht dadurch gerade eine verlorene Generation: Sie nutzt die Technologie, aber noch nicht mit spezialisierten Werkzeugen. Manche Teenager wachsen an diesem Vakuum. Andere aber kürzen ihren Lernprozess zumindest in manchen Fächern so weit ab, dass er im Grunde nicht mehr stattfindet.

«Weg von den Noten»: Was Lehrpersonen ändern würden

Tages-Anzeiger, 31. Januar 2026, Zürich, Menoa Stauffer

Schule • Während die SVP Noten zwingend machen will, wünschen sich viele Lehrpersonen im Kanton Zürich das Gegenteil. Das zeigte sich an einer Fachtagung in Winterthur.

Die Sportferien stehen vor der Tür und damit auch die Noten im Halbjahreszeugnis. Dasitzen, mit klopfendem Herzen, bis die Lehrerin einem das Zeugnis in die Hand drückt - Freud und Leid sind in diesem Moment Sitznachbarn.

Viele kennen es nicht anders. Doch weniger Noten zu vergeben, liegt im Trend. So hat etwa die Stadt Luzern 2024 entschieden, auf Prüfungsnoten zu verzichten. Im Kanton Zürich gab es ebenfalls Bestrebungen vonseiten des Bildungsrates, das herkömmliche Beurteilungssystem zu überarbeiten. Als Reaktion verankerte der Kantonsrat 2022 gesetzlich, dass jedes Semester ein Zeugnis mit Noten von 1 bis 6 ausgestellt werden muss.

Vor kurzem doppelte die SVP nach. Gemäss ihrem nationalen Positionspapier will sie Noten ab der zweiten Klasse in allen Kantonen zwingend machen.

Die Notenbefürworter, vor allem aus bürgerlichen Kreisen, verteidigen Noten als gerechtes und klares Messinstrument, das zu Leistung motiviere. Sie fürchten, dass ohne Noten das Leistungsprinzip aufgeweicht würde. Schüler würden den Wettbewerb suchen. Ähnlich wie im Sport müsse schulische Leistung vergleichbar bleiben.

Stimmungsbarometer bei Primarlehrpersonen

Hört man sich bei den Lehrpersonen um, wünschen sich viele jedoch genau das Gegenteil. Das ergab sich in Gesprächen mit Primarlehrpersonen an einer Tagung in Winterthur. Organisiert hatte sie der ZKM-Verband für die Zürcher kantonale Mittelstufe. Der hundertjährige Verband machte die Schule der Zukunft zum Thema und lud dazu die Bildungsexpertin Rahel Tschopp ein.



Die Ansätze der Bildungsexpertin sind vielfältig. Sie fordert mehr Beziehungsarbeit mit dem Kind, neue Schulräume, alltagsnahe Lernsettings und kritisiert die Noten. Diese seien kein Massstab fürs Lernen und sehr subjektiv. Stattdessen plädiert sie für individuelle Lerngespräche mit den Kindern.

Viele Lehrpersonen folgen in diesem Punkt Rahel Tschopp. Nach deren Vortrag hat diese Redaktion rund ein Dutzend Lehrpersonen offen gefragt, wo ihrer Meinung nach der grösste Handlungsbedarf bestehe. Was würden sie, die jeden Tag mit den Kindern in der Primarschule arbeiten, am dringendsten ändern?

Der Tenor war deutlich: «Noten abschaffen.» Viele Lehrpersonen kritisierten - anonym - die Noten als subjektive Momentaufnahmen. «Ein Kind kann bei einem anderen Lehrer um eine Note besser oder schlechter sein», bemerkt etwa ein Lehrer aus Bauma. Zudem setzten Prüfungen falsche Anreize: «Wenn die Note die einzige Motivation ist, verlieren die Kinder das Wissen nach der Prüfung wieder», so eine Kollegin aus Glattfelden.

Besonders problematisch sei, dass sich Kinder stark über Noten definierten. «Was macht ein ungenügend mit einem?», fragt sie. «Die Noten bestimmen den Menschen viel zu sehr.» Verhindern lasse sich das kaum. «Selbst wenn ich versuche, diese nach einem Voci-Test diskret zu verteilen, prahlen die Kinder in der Pause mit ihrem 5,5er», erzählt der Lehrer aus Bauma. Eltern reagierten teils panisch auf ungenügende Bewertungen.

Individuelles Lerncoaching als Alternative

Viele Lehrkräfte wünschen sich daher eine Abkehr von der reinen Benotung hin zum Fokus auf den individuellen Lernfortschritt. Sie fordern dafür aber auch mehr Ressourcen, etwa durch administrative Entlastung. Es brauche zudem kleine Gruppenräume statt nur Klassenzimmer und mehr Zeit für die Kinder.

Wie eine Alternative zu Noten aussehen kann, zeigt Bettina Dimita, Mitorganisatorin der Tagung. Sie verteilt ihren 24 Schülerinnen und Schülern bereits jetzt am Ende jeder Woche ein schriftliches Feedback von zwei bis drei Sätzen, in dem sie Stärken und Verbesserungspotenzial aufzeigt. «Das wird geschätzt, die Kinder werden selbstbewusster», sagt die Primar- und Seklehrerin. Schon heute sei die Zeugnisnote bei ihr mehr als nur der Prüfungsdurchschnitt.

Für Dimita sind herkömmliche Noten oft bloss Momentaufnahmen, die wenig darüber aussagen, was ein Kind wirklich weiss oder ob es den Stoff nur kurzzeitig auswendig gelernt hat. Zudem passe das veraltete Zeugnis nicht zum kompetenzbasierten Lehrplan 21.

Doch der individuelle Ansatz hat seinen Preis: Für regelmässige Coachinggespräche bräuchte es mindestens eine Lektion pro Woche. Dimita investiert wöchentlich zwei Stunden extra für die Feedbacks - Zeit, die im ohnehin vollen Arbeitsalltag oft fehlt.

Zürcher Verband verhandelt noch

In den Gesprächen zeigt sich, dass sich das altbekannte Notensystem - Prüfungen, Durchschnitt, Zeugnisnote - in der Praxis bereits weiterentwickelt hat. Lehrpersonen nehmen sich Zeit, ausführlicher Feedbacks zu geben, und nutzen beispielsweise das Ampelsystem, das den Fortschritt statt die absolute Leistung misst. Eine Note im Zeugnis steht schliesslich dennoch bei allen drin.



Ob diese Entwicklung von einer Mehrheit getragen wird, steht zur Debatte. Doch sie zieht weite Kreise. Die oberste Lehrerin der Schweiz, Dagmar Rösler, findet Schulnoten nicht mehr zeitgemäss. Economiesuisse, der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, verweist auf eine Studie, die Noten als unpräzise, unfair und wenig aussagekräftig kritisiert. Und bei einer Umfrage von Sotomo befürwortete 2024 eine knappe Mehrheit der Eltern auf Primarstufe die Notenabschaffung. Die Belastung für ihr Kind sei zu gross.

Zurzeit arbeitet der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) an einer Verbandshaltung, wie die Präsidentin Lena Fleisch auf Anfrage mitteilte. Bei einer ZKM-Umfrage im Jahr 2024 war noch eine Mehrheit der Lehrpersonen für Noten. Auch weil offen ist, wie genau die Bewertung und die Zuteilung in die Oberstufe sonst aussehen würden.

Die meisten Eltern ziehen Zensuren vor

Tages-Anzeiger, 5. Februar 2026, Forum, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 31.1. «Weg von den Noten: Was Lehrpersonen ändern würden»

Die Forderung, Zeugnisnoten abzuschaffen, kommt einem Dauerbrenner gleich. Auf den ersten Blick erscheint sie einem sympathisch, doch bei genauer Betrachtung relativieren sich deren Vorteile. Im Stimmungsbarometer bei den befragten Primarlehrpersonen heisst es, Noten seien subjektiv. Das trifft zweifellos zu, nur: Auch ohne Noten fallen Beurteilungen oft doch sehr unterschiedlich aus. Dieses Argument ist also nicht stichhaltig. Im Übrigen steht nirgends geschrieben, im Zeugnis müsse der exakte Notendurchschnitt von Prüfungen erscheinen. Es bleibt jeder Lehrperson unbenommen, gute Leistungen aller Art oder umgekehrt einmalige Ausrutscher ebenfalls zu berücksichtigen, und selbstverständlich bilden ergänzende Gespräche mit Eltern und Kindern das A und O aller Rückmeldungen. An diversen Orten wurden Versuche, auf Zeugnisnoten zu verzichten, abgebrochen. Die meisten Eltern ziehen klare Zensuren in Zahlen irgendwelchen schwammigen Umschreibungen vor, mit denen man allfälligen unangenehmen Tatsachen auszuweichen versucht. Irgendeinmal kommt die Stunde der Wahrheit so oder so; diese hinauszuschieben dient niemandem. Entscheidend ist vielmehr, dass man den Kindern verständnisvoll hilft und zeigt, wie auch Misserfolge verkraftet werden können. Damit erweist man ihnen den besten Dienst für eine erfolgreiche Zukunft.

Vera Diaz, Zürich



Migrantenquote, Kleinklassen, eine Fremdsprache: So bewerten Experten die SVP-Schulpläne

Tages-Anzeiger online, 14. Februar 2026, Sabrina Bundi

Konzept unter der Lupe. Die Rechtspartei hat die Schule zum Brennpunkt erklärt. Bildungsexperten finden viele Ideen «nicht praxistauglich» – ein Ansatz kommt aber bei allen Seiten gut an.

In Kürze:

- Die SVP verteilt Mustervorstösse zur Bildung an kantonale Sektionen für Parlamentsvorstösse.
- Obligatorische Sprachförderung vor dem Kindergarten stösst bei Pädagogen auf Zustimmung.
- Lehrpersonen sind uneinig über die Vor- und Nachteile der integrativen Schule.
- Kantone könnten Fremdsprachen reduzieren, müssten aber mit bundesstaatlichen Konsequenzen rechnen.

Wäre die Schule nach den Vorstellungen der SVP gestaltet, wäre sie wieder wie früher. Die Kinder würden sich aufs Lesen, Schreiben und Rechnen konzentrieren. Sie würden Gedichte auswendig lernen, Diktate schreiben, das kleine und grosse Einmaleins beherrschen. Und: Die Kinder würden bei Schuleintritt alle in einer Landessprache reden können, sie hätten nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule, sie hätten weniger Gspänli mit besonderem Förderbedarf in der Klasse und auch weniger Mitschülerinnen und Mitschüler mit Migrationshintergrund.

So sehen die wichtigsten Punkte aus dem kürzlich vorgestellten Positionspapier der SVP zur Bildung aus. Zusätzlich zum Papier hat die SVP nun Mustervorstösse ausgearbeitet, die sie ihren kantonalen Sektionen übergibt, damit diese dort in den Kantonsparlamenten eingereicht werden können. Sie liegen dieser Redaktion vor. Um zu prüfen, wie praktikabel eine Schule nach SVP-Vorstellung ist, nehmen Pädagoginnen und Pädagogen zentrale Punkte aus dem Bildungspapier unter die Lupe.

Eine Obergrenze für Migrationskinder pro Klasse: «Unmöglich»

Die SVP schreibt: Zu viele ausländische Kinder in der Klasse würden die Leistungen aller Schülerinnen und Schüler verschlechtern. Deshalb fordert die Partei, eine Obergrenze von 30 Prozent für den Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler pro Klasse festzulegen.

«Dieser Vorstoss ist nicht umsetzbar», sagt Beat A. Schwendimann, Leiter Pädagogik des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH). Aus dem praktischen Grund: «Wo würden dann diese «überzähligen» Schülerinnen und Schülern zur Schule gehen? Man kann sie nicht einfach auf andere Gemeinden verteilen, die zu weit vom Wohnort entfernt sind.»

Ausländische Schülerinnen und Schüler sind sehr ungleich auf die Schulen verteilt. Im Schuljahr 2020/21 lag an den meisten Schulen der Anteil ausländischer Kinder unter einem Drittel. Nur 16 Prozent aller Schweizer Schulen hatten einen Ausländeranteil von mindestens 30 Prozent – an einigen lag er hingegen bei bis zu 80 und mehr Prozent. Dies zeigt sich auch in Kantonen, in denen



insgesamt nur wenige ausländische Kinder leben: Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler konzentrieren sich auch dort häufig auf bestimmte Schulen. Die Zahlen stammen aus dem Bildungsbericht 2023 des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation.

Zur Frage, ob die Leistungen der ganzen Klasse darunter leiden, wenn zu viele fremdsprachige Kinder in den Klassen sind, gibt es verschiedene Studien – die zu unterschiedlichen Schlüssen kommen. Eine Studie des Zentrums für Demokratie Aarau von 2021 bilanziert, dass eine geringe Durchmischung keine negativen Auswirkungen habe, dass aber ab einem Anteil von 30 bis 40 Prozent ein Leistungsabfall festzustellen sei. Eine Doktorarbeit der Universität Bern aus dem Jahr 2011 beschreibt allerdings, dass der Ausländeranteil keine Rolle bei den Schulleistungen spielt – Kinder in Schulen mit hohem Ausländeranteil lernen genauso gut.

Reto Geissmann ist Schulleiter in der Schule Neuenhof im Kanton Aargau. Eine Schule mit Klassen, in denen bis zu zwei Drittel fremdsprachige Kinder in die Schule eintreten. Er bilanziert aus der Praxis: Entscheidend für den Lernerfolg sei nicht, wie viele Kinder Migrationshintergrund hätten, sondern «ob die Kinder über genügend Kompetenzen in der Unterrichtssprache verfügen, um dem Lernen gut folgen zu können». Die Schule Neuenhof lege deshalb grossen Wert auf sprachliche Integration. Im kommenden Schuljahr wird in Neuenhof die Frühsprachförderung ausgeweitet.

Obligatorische Frühförderung einer Landessprache: «Ein Erfolgsmodell»

Etwas, das die SVP in der ganzen Schweiz obligatorisch machen möchte. Der Mustervorstoss dazu verlangt obligatorische Sprachtests. Wenn Kinder diese nicht bestehen, sollen sie in einer Vorbereitungsklasse die Unterrichtssprache lernen. Gemäss Bildungsbericht 2023 sprachen im Schuljahr 2020/21 landesweit 18 Prozent der Schulkinder zu Hause eine andere Sprache als die Schulsprache.

Dieser SVP-Vorschlag punktet sowohl beim LCH als auch in den gefragten Schulen. In Basel-Stadt, wo der Anteil fremdsprachiger Kinder mit rund 50 Prozent hoch ist, wird die sprachliche Frühförderung bereits seit 2013 umgesetzt. Das geht so: Alle Eltern von Dreijährigen füllen für ihre Kinder einen Sprachtest aus. Kinder, die sprachliche Unterstützung brauchen, gehen an drei Halbtagen pro Woche in eine deutschsprachige Spielgruppe. Jean-Michel Héritier von der Geschäftsleitung der Freiwilligen Schulsynode Basel, spricht von einem Erfolgsmodell: «Viele Kinder machen grosse Fortschritte.» Es sei natürlich nicht bei allen gleich – aber man könne sagen, «dass sich die Sprachkompetenz im Vergleich zu vor 2013 markant verbessert hat».

Allerdings kostet das die Kantone etwas – in Basel rund 2,7 Millionen Franken jährlich. Die Kosten für die sprachliche Frühförderung müssen die Kantone oder Gemeinden tragen, sie dürfen sie nicht auf die Eltern abwälzen. Zu diesem Schluss kommt ein Urteil des Bundesgerichts aus dem Jahr 2023. Dies nachdem der Kanton Thurgau eine obligatorische Sprachförderung mit Kostenbeteiligung der Eltern hat einführen wollen. Das Bundesgericht stufte die Förderung als Teil der obligatorischen Volksschule ein.

Sonderschüler wieder separieren: «Die Ressourcen fehlen»

«Die integrative Schule ist gescheitert», sagte der ehemalige FDP-Präsident Thierry Burkart schon im Sommer 2024 im Interview. In ihrem Bildungspapier doppelt die SVP nun nach: Der integrative Unterricht müsse abgeschafft werden. Die Partei schlägt in ihrem Papier beispielsweise eine Sepa-



rierung in Kleinklassen für Lernschwache, Förderklassen für Hochbegabte, Verhaltensklassen für Undisziplinierte und Sprachklassen für Fremdsprachige vor – je nach Bedarf.

Darüber, welche Vor- und Nachteile Inklusion hat, spalten sich die Lager gewaltig. Und niemand scheint so recht zu wissen, wie die Verhältnisse stehen. Deshalb hat der LCH eine Befragung bei seinen Mitgliedern gestartet, die zeigen soll, wie die Lehrpersonen zur Inklusionsfrage stehen. Die Ergebnisse werden im Sommer erwartet.

Philipp Loretz, Präsident des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland (LVB), hat seine kantonale Basis bereits einmal zur Inklusion befragt: «Die Auswertung zeigt, dass 82 Prozent der befragten Primarlehrpersonen stark verhaltensauffällige Kinder als erhebliche Belastung empfinden», sagt Loretz. Er könne daher die Forderung der SVP nach mehr Separation nachvollziehen.

Baselland habe die Kleinklassen gar nie abgeschafft, «weil die Kinder in diesem geschützten Umfeld mit verlässlichen Bezugspersonen besser zurechtkommen als in der Regelklasse». Dort seien sie oft überfordert, da eine fachkundige Förderung nur bedingt möglich sei, sagt Loretz.

Jean-Michel Héritier sieht das anders: «Wir müssen alle Teile der Bevölkerung mitnehmen, die Gesellschaft von morgen muss zusammenhalten, und diesen Zusammenhalt müssen wir in der Schule fördern», sagt der Kollege aus Basel-Stadt. Allerdings gelte es dabei die Grenzen der Machbarkeit zu respektieren. Um zu verhindern, dass die Situation mit verhaltensauffälligen Kindern in den Schulen eskaliert, setzt Basel-Stadt auf zeitlich begrenzte Förderklassen. «Das Rad bloss zurückzudrehen, wäre kurzsichtig und würde nur die Probleme des früheren Systems wieder hochspülen», sagt Héritier.

Auch im Bildungsbericht 2023 finden sowohl Befürworter als auch Gegner der Inklusion Argumente. Manche Studien belegen, dass sich die Kinder mit besonderen Bedürfnissen in der Regelklasse wohler fühlen und bessere Resultate erzielen. Andere Studien kommen zum Schluss, dass die schulischen Leistungen der Mitschülerinnen und Mitschüler abnehmen können.

Worin sich aber alle einig sind: Es fehlen Ressourcen. Es gibt zu wenige Heilpädagoginnen und Heilpädagogen – sowohl für die integrative Schule wie für Kleinklassen.

Eine Fremdsprache auf Primarstufe reicht: «Machbar, aber sehr kompliziert»

Auch die Frage, wie viele Fremdsprachen in die Primarschule gehören – und welche –, wird kontrovers diskutiert. Die SVP fordert, dass eine Fremdsprache genügt. Welche das ist, sollen die Kantone selbst entscheiden. Besonders in der Deutschschweiz haben entsprechende Vorstösse in kantonalen Parlamenten Zustimmung gefunden, allen voran der Kanton Zürich. Dieser kündigte im Herbst an, den Französischunterricht auf die Sekundarstufe verlegen zu wollen.

Doch selbst wenn sich kantonale Parlamente für nur eine Fremdsprache aussprechen, ist eine Umstellung alles andere als einfach. Zwar liegt die Bildungshoheit bei den Kantonen, die Bundesverfassung verlangt jedoch eine Harmonisierung der Lehrpläne. 15 Kantone haben sich dem Harmos-Konkordat angeschlossen. Will ein Harmos-Kanton nur noch eine Fremdsprache unterrichten, müsste er aus dem Konkordat austreten – das dauert mindestens drei Jahre. «Anschliessend müsste der Kanton seinen Lehrplan anpassen, seine Lehrpersonen je nach Bedarf neu ausbilden und neue Lehrmittel beschaffen. Auch das braucht Zeit», sagt Christian Gloor, Mediensprecher des Lehrplans



21. Oder kurz gesagt: «Der Ausstieg an sich ist nicht schwierig, man muss nur kündigen. Kompliziert ist das, was nach dem Austritt kommt.»

Nicht-Harmos-Kantone unterstehen zwar nicht dem Konkordat, sind dennoch einer Harmonisierung der Lehrziele verpflichtet, weil diese in der Verfassung verankert ist. Das bedeutet auch: Der Bund kann eingreifen, wenn Kantone ausscheren. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider kündigte bereits an, notfalls den Unterricht in einer Landessprache zu verordnen.

Auch die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) befasst sich mit den Fremdsprachen – sie könnte Anpassungen vornehmen. «Es wäre rein hypothetisch etwa möglich», sagt Christian Gloor, «dass die EDK die Bildungsziele nach unten anpasst.» Denkbar wäre dann, dass Schülerinnen und Schüler den Wissensstand in den Fremdsprachen erst am Ende der obligatorischen Schulzeit erreichen müssten. Dann könnte die zweite Fremdsprache erst ab der siebten Klasse eingeführt werden – dafür mit mehr Lektionen.

Gloors Fazit: «Eine Fremdsprache auf der Primarschulstufe ist grundsätzlich machbar, ein Eingreifen des Bundes vorbehalten. Eine Änderung wäre jedoch nicht einfach umzusetzen und hätte finanzielle Folgen.»

Der volle Lehrplan: «Es ist eine politische Frage»

Die SVP sagt, der Lehrplan 21 müsse deutlich verschlankt werden. Er solle sich auf die Kernfächer Lesen, Schreiben und Rechnen beschränken. Christian Gloor sagt: Anpassungen am Lehrplan seien grundsätzlich möglich. «Es ist eine politische Frage, wie viel Gewicht einzelne Fächer im Lehrplan haben.» Die Kantone können bis zu einem gewissen Punkt selbst entscheiden, was sie umsetzen. So habe der Kanton Zug beispielsweise beim Fachbereich Musik Abstriche gemacht.

Gloor weist jedoch auf die Folgen hin: «Wenn viele Kantone in mehreren Fachbereichen kürzen würden, wäre der Auftrag zur Harmonisierung der Lehrpläne nicht mehr erfüllt.» Sein Fazit auch hier: möglich – aber mit klaren Grenzen.

Grenzen, welche die SVP mit ihren Vorstössen nun ausloten könnte. Die Partei will die Vorstösse den Kantonen einreichen – und damit über den Brennpunkt Schule auf kantonaler Ebene weiterdebattieren.

Veranstaltungshinweis

Die Bildungs-Grätsche

GBW-Tagung 17.&18.04.2026, Universität Bonn

Die Bildungs-Grätsche – Versprechen und Wirklichkeit der Bildungssteuerung.

Seit dem „PISA-Schock“ erlebt das deutsche Schulsystem und ähnlich das in Österreich und der Schweiz einen bildungspolitischen Aktionismus. Jede neue Massnahme versprach Aufbruch: mehr Effizienz durch Steuerung, mehr Evidenz durch Daten, besseren Unterricht durch Kompetenz-



modelle, digitale Modernisierung, individuellere Förderung und selbstgesteuertes Lernen. Manches davon klingt verheissungsvoll, einiges vielleicht sogar plausibel.

Doch der Blick in die Klassenzimmer erzählt eine andere Geschichte. Was als Modernisierung gedacht war, hat nicht zu besseren Leistungen geführt – ganz im Gegenteil. Die Interventionen waren insofern erfolgreich, als gerade die neuen Steuerungsinstrumente ihr Scheitern in der schulischen Wirklichkeit empirisch dokumentieren: Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler haben sich nicht verbessert, sondern im Gegenteil massiv verschlechtert.

Gleichzeitig wächst der Schatten der Nebenfolgen. Lehrkräfte berichten von einer Realität, in der Pädagogik allzu oft hinter Formularen verschwindet, in der Rechenschaftslegung Zeit frisst und Bürokratie Energie bindet. Zwischen ambitionierten Programmen und dem, was in den Schulen tatsächlich möglich ist, klafft eine Lücke, deren Bewältigung viele als Grätsche empfinden – als tägliche Spannung zwischen bildungspolitischem Wunschdenken und schulischer Wirklichkeit.

Zwar liegen die Ursachen auch in allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen und nicht allein bei der Bildungspolitik. Und doch ist es notwendig, die grossen «Verheissungen» der vergangenen Jahre mit den Erfahrungen jener zu konfrontieren, die das System Tag für Tag tragen.

Die Gesellschaft für Bildung und Wissen (GBW) widmet diesem Spannungsfeld ihre Tagung am Freitag, 17.04., 18.00 Uhr, bis Samstag, 18. 04. 2026, an der **Universität Bonn**. Unter dem Motto **«Die Bildungs-Grätsche – Versprechen und Wirklichkeit der Bildungssteuerung»** geht sie den Bruchlinien nach: jener zwischen bürokratischer Steuerung und schulischem Alltag, zwischen empirischer Vermessung und pädagogischer Urteilskraft, zwischen visionären Reformnarrativen und dem Hier und Jetzt im Klassenzimmer.

Eine Tagung, die nicht auf schnelle Lösungen setzt, sondern auf Klarheit – und auf die Frage, wie Bildung gelingen kann, wenn man die Widersprüche endlich ernst nimmt. Es kommt jetzt darauf an, dass nicht mehr bildungspolitisches Wunschdenken die erziehungswissenschaftlichen Diskurse bestimmt; im Zentrum müssen die Herausforderungen der Praxis stehen. Wer dauernd vom Fortschritt in der Pädagogik redet, hat wenig von ihr verstanden.

Bisher haben für Vorträge zugesagt: Dr. Carl Bossard (Stans), Prof. Dr. Karl-Heinz Dammer (Heidelberg), Prof. Dr. Rainer Kaenders (Bonn), Prof. Dr. Roland Reichenbach (Zürich), Prof. Dr. Ysette Weiss (Mainz). Weitere Informationen folgen.

[mehr...](#)